

Lotusrevolution, geschafft !

– was nun?

Dr. Rainer Herret



Dr. Herret auf dem Tahrir-Platz

Politische Stabilität

Nach dem Rücktritt des Staatsoberhauptes, der Auflösung des Parlaments und der Suspendierung der Verfassung füllt die Armee das Machtvakuum, allerdings mit breiter Billigung der Bevölkerung. Das noch unter Mubarak eingesetzte Kabinett wurde auf Druck der Proteste inzwischen völlig ausgewechselt. Eine Interimsregierung unter dem beliebten Premierminister Essam Sharaf leistet unter Leitung des Obersten Heeresrates die Regierungsarbeit. Ein Ausschuss erarbeitete eine Änderung der Verfassung, um u.a. freie, gleiche Wahlen und eine Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten auf vier Jahre mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl zu gewährleisten. Notstandsgesetze werden künftig auf eine Dauer von sechs Monaten begrenzt und abhängig von der Genehmigung des Parlaments sein. Eine Verlängerung ist nur durch eine entsprechende Volksabstimmung möglich. Allerdings schließt der Wortlaut der geänderten Artikel Frauen praktisch vom Amt des Präsidenten aus.

Über die geänderte Verfassung wurde am 19. März im Wege einer Volksabstimmung entschieden. Für die Meisten der 45 Millionen Wahlberechtigten war dies die erste demokratische Wahl ihres Lebens. Die Wahlbeteiligung lag mit 41,5% deutlich über den sonst üblichen 15%-20%. Die Verfassungsänderungen wurden mit 77,2% gebilligt. Wahlen sollen nach etwa sechs Monaten stattfinden. Die Armee hat erklärt, keinen eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt zu nominieren. Die bisherige Regierungspartei (NDP) ist schwer angeschlagen und blickt auf eine ungewisse Zukunft. Die aus dem Ausland und aus Teilen der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtete Moslembrüderschaft will sich mit einer politischen Partei beteiligen, betont aber, kein islamisches Staatsmodell anzustreben. Experten beurteilen die Moslembrüderschaft eher als „typische“ Oppositionspartei, die aber immerhin auf 30% der Stimmen hoffen könnte.

Eine Reihe neuer Parteien, zum Teil auch geboren aus der Jugendbewegung, befinden sich in Gründung. Viele Stimmen kritisieren, dass die Vorbereitungszeit bis zum Wahltermin zu kurz sei und, dass dies den derzeit am besten organisierten Gruppierungen, d.h. der ehemaligen Regierungspartei und der Moslembrüderschaft, zugutekäme. Unklar ist, wie bei den Wahlen das Demokratieverständnis der Mehrheit des Volkes aussehen wird. Unter dem alten Regime bestand der allgemein akzeptierte Konsens, dass sich das Volk aus der Politik heraushält, solange die Regierung die existentielle Versorgung sicherstellt. Politik interessiert besonders die Landbevölkerung nur am Rande. Stimmenkauf bei Wahlen wird sogar von der Bevölkerung erwartet.

Außenpolitisch brisant ist die Entwicklung im Nachbarland Libyen. Rund zwei Millionen ägyptische Gastarbeiter sind dort beschäftigt. Diese sind nun auf der Flucht und neben dem Ausfall der Transferleistungen würden sie den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten, wenn sich das Gaddafi-Regime halten sollte. Hinzu kommen Probleme mit Flüchtlingen, die zum Teil auch aus Somalia stammen und an der Grenze versorgt werden müssen.

Die Armeeführung hat die internationalen Verpflichtungen des Landes und den Anspruch des Volkes auf Demokratie als legitim anerkannt. Dies betrifft die sensible Frage des Friedensvertrages mit Israel, aber auch die in Kraft befindlichen Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen. Letzteres wurde auch vom ägyptischen Wirtschaftsministerium unterstrichen.

Innere Sicherheit

Die Armee kann aufgrund ihres Auftrages zur Landesverteidigung und mangels entsprechender Ausbildung nur bedingt sicherheitsbehördliche Aufgaben übernehmen. Die Polizei war das Unterdrückungsinstrument des alten Regimes. Die seit 30 Jahren weiterhin in Kraft befindlichen Notstandsgesetze ermöglichten willkürliche Verhaftungen. Missbrauch durch Folter bis hin zu Mord blieb ungeahndet. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei ist tief zerrüttet und es zeichnet sich kurzfristig keine Besserung ab.

Immerhin wurde der gefürchtete *State Security Investigation Service* (SSIS) inzwischen aufgelöst und ersetzt durch die *National Security Agency*, deren Aufgabe im Kampf gegen Terrorismus, ohne die bislang übliche Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger, bestehen soll. Das Innenministerium bemüht sich, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, durch Reparatur der beschädigten Polizeireviere und Sympathiekampagnen. Gleichzeitig demonstrieren Polizisten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, allerdings ohne große Unterstützung durch die Bevölkerung.

Nach Massenausbrüchen aus Gefängnissen befinden sich (angeblich noch 10.000) Straftäter auf freiem Fuß. Zwar geht das Leben seinen gewohnten Gang. Dennoch besteht bei der Bevölkerung Besorgnis aufgrund eines nicht nur gefühlten, sondern ernstesten Sicherheitsrisikos. Nur langsam wird die Präsenz der Polizei in den urbanen Zentren wieder spürbar. Geschäftsreisen und Urlaubsreisen sind durchaus möglich. Wie schon während der eigentlichen Revolutionszeit sind Sicherheit und Versorgung der Hotels gewährleistet. Reisen ins Grenzgebiet von Libyen, sollten aufgrund der dortigen Unruhen in jedem Fall unterbleiben. Auch von der Teilnahme an Demonstrationen ist verständlicherweise abzuraten.

Finanzielle Stabilität

Vor der Revolution beliefen sich die Devisenreserven des Landes auf 36 Mrd. US-\$. Gegenwärtig werden sie auf 33 Mrd. US-\$ (7,5 Monate Importdeckung) geschätzt. Ausländische Investoren hielten mit rund 25 Mrd. US-\$ an ägyptischen Schatzanweisungen und Anleihen 40% des lokalen Marktvolumens. 17% des Börsenumsatzes wurden durch sie erwirtschaftet. Ihr Aktienvermögen wird auf 5-6 Mrd. US-\$ geschätzt.

Zwar hatte es, als die lokalen Banken am 6. Februar wieder öffneten lange Schlangen gegeben, weil zum Monatsanfang Löhne und Renten fällig waren. Insgesamt kam es aber nicht zu Panikabhebungen und die Summe der Einzahlungen lag sogar über den Auszahlungen. Die Hauptdevisenbringer sind Tourismus (20%), Gastarbeitertransferleistungen (17%) und Einnahmen aus dem Betrieb des Suezkanals (10,2%). Während der Suezkanal auch während der Unruhen im Normalbetrieb lief, kam der Tourismussektor fast völlig zum Erliegen.

Der Wertverlust der Landeswährung von 5% (7. Februar.2011: 1 US-\$ = 5,95 LE) ggü. dem US-\$, an dem sich die ägyptische Zentralbank im Hinblick auf den Wechselkurs orientiert, führte bereits zu Zurückhaltung bei den ägyptischen Gastarbeitern in den Golfstaaten, ihr Geld dem Bankensystem anzuvertrauen.

Trotz der vergleichsweise hohen Reserven von 33 Mrd. US-\$ können größere Interventionen zur Stützung des Wechselkurses nur begrenzt erfolgen, wenn sich die Devisenzuflüsse nicht erholen. Eine Abschwächung des Wechselkurses bis zu einer Schwelle von 1 US-\$ = 6,2 LE ist möglich. Gleichzeitig verteuert das *Downgrading* des *Ratings* von BB+ auf BB bzw. Ba3 auf Ba2 die Kreditaufnahme an internationalen Märkten. Deshalb und zur Eindämmung der Inflation müsste die Zentralbank eigentlich mit höheren Zinsen reagieren. Frühere Regierungsmitglieder und regimenahe Unternehmer stehen unter

Korruptionsverdacht. Um die Verschiebung von Vermögen zu verhindern, werden Auslandsüberweisungen besonders kontrolliert, was zu verzögerter Abwicklung führt.

Konjunkturelle Stabilität

Die monatliche Inflation verringerte sich geringfügig von 10,8% im Januar auf 10,7% im Februar. Der inflationäre Druck erhöht sich aber durch weltweit steigende Rohstoff- und Ölpreise. Dies wird noch verstärkt durch die vorhersehbare Schwächung des Wechselkurses. Für 2011 prognostizieren wir eine durchschnittliche Inflationsrate von 14,6% im Vergleich zu 11,1% im Vorjahr. Es wird erwartet, dass die Regierung im Hinblick auf die Proteste und Neuwahlen alle verfügbaren Mittel in Subventionen von Nahrungsmitteln und Strom, höhere Gehälter im öffentlichen Dienst sowie eine Anhebung der Renten leiten wird. Die industrielle Infrastruktur ist intakt. Die Fabriken haben zum großen Teil die Produktion wieder aufgenommen, leiden aber unter wilden Streiks.

Unabhängig davon, wie die politische Lösung aussieht, steht nicht zu erwarten, dass sich ein über 5000 Jahre etabliertes Geschäftsgebaren kurzfristig ändert. Das ägyptische Gesellschaftssystem beruht auf gegenseitiger Hilfestellung in allen Schichten. Korruption mag bis auf ein erträgliches Maß sinken, wird sich aber nicht ausrotten lassen. Beziehungen zu und ein sich Arrangieren mit den „Herrschenden“ werden stets eine wichtige Rolle spielen. Wer auch immer in Zukunft die Macht am Nil haben wird, muss dies berücksichtigen. Die künftige Politik wird darauf abzielen, die Bevölkerung materiell soweit zu versorgen, dass ein Aufbegehren der breiten Masse vermieden wird. Für langfristige Programme, die gegenwärtigen Generationen Belastungen für eine bessere Zukunft auferlegen, fehlt einerseits die Geduld, andererseits ist die Grenze der Leidensfähigkeit erreicht.

Dies zeigt sich durch eine Welle wilder Streiks, die neben staatlichen Betrieben, die öffentliche Verwaltung und den Bankensektor auch auf den Privatsektor übergreifen haben. Dabei geht es nicht nur um Lohnforderungen, sondern auch um die Ablösung des Managements, wenn dieses zu den Anhängern des alten Regimes gerechnet wird. Eine Änderung des Arbeitsrechts gestattet nun die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Gewerkschaften waren vorher entweder verboten, oder durch Parteibonzen in Führungspositionen gleichgeschaltet. Arbeitgeber „kennen“ insoweit ihre Tarifpartner nicht und sind unerfahren im Umgang mit Streiks.

Während der Staat ein Einverständnis zu Festanstellung statt befristeter Arbeitsverhältnisse gab und höhere Gehälter signalisiert, gibt es lokale Firmen, die unsensibel die verlorenen Arbeitstage der Revolution von den Löhnen abziehen. Nach Angaben der Statistikbehörde CAPMAS sparte der Tourismussektor 13,5 Mio. US-\$ durch Entlassung von befristeten Arbeitskräften und Kürzungen von leistungsbezogenen Lohnbestandteilen. Der schwierige Teil der Revolution wird die Reform des alten Systems sein. Der IWF empfiehlt eine Wirtschaftspolitik, die auf breites Wachstum in alle Sektoren abzielt unter möglichst großer Teilhaberschaft der Bevölkerung (*inclusive growth*).

Hemmend wirkt sich auf den Privatsektor die gegenwärtige strafrechtliche Verfolgung von Unternehmern aus, die unter Korruptionsverdacht stehen. Das Image der Unternehmerschaft in der Bevölkerung ist angeschlagen und wird durch tendenziöse Berichterstattung in den Medien auch nicht verbessert. Ausländische Investoren sind hiervon bislang ausgenommen. Das ägyptische Wirtschaftsministerium erklärte, auch künftig ein liberales, marktorientiertes wirtschaftspolitisches Konzept mit einer führenden Rolle des Privatsektors verfolgen zu wollen; allerdings unter Beachtung sozial verträglicher Strukturen.

Mit einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft, etwa in Form einer Aufhebung des Monopols von Importlizenzen für ägyptische Staatsbürger, ist dennoch kaum zu rechnen, weil dies die Existenzgrundlage vieler mittelständischer Handelsvertretungen gefährden würde. Die Position der deutschen Regierung während der Revolution ist in der ägyptischen Öffentlichkeit mit hoher Befriedigung aufgenommen worden. Davon können Unternehmen heute profitieren. Ein Besuch in den kommenden Monaten kann nicht nur mit gesteigertem Interesse des ägyptischen Geschäftspartners und Kunden rechnen, sondern signalisiert auch das psychologisch wichtige Motiv der Solidarität und Unterstützung beim Neuanfang zu demokratischen Bedingungen.